

Änderungsantrag zu TOP Ö 6
des
Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Mobilität
am 28. Januar 2020

Ina Jacobi
Geschäftsführerin

Fraktionsbüro im Neuen Rathaus
Hiroshimaplatz 1-4
Tel.: +49 (551) 400 2785
Grueneratsfraktion@goettingen.de
www.gruene-goettingen.de/stadtrat

Göttingen, 28. Januar 2020

Änderungsantrag zur TOP Ö 6

Keine heimliche Schulgebühr für Arnoldi-Schüler! Einführung einer Parkraumbewirtschaftung im Ostviertel

Der Antrag wird wie folgt ergänzt:

*„3. Gerade unsere „Junge Generation“ versteht den Aufschrei von „fridays for future“ und die Anforderungen an die Verkehrswende und jede*n von uns! Bessere Mobilität bei weniger Autonutzung. Das betrifft uns alle.*

Der Umgang mit Parken (- den Plätzen und Gebühren -) ist neben der Entwicklung von guten Mobilitätsangeboten insbes. für Rad und Bus das zentrale Steuerungsinstrument um Menschen sanft und nachhaltig auf dem Weg zu „enkeltauglichem“ Verkehrsverhalten zu begleiten.

Demnach wird die Verwaltung beauftragt beim für die Erreichbarkeit und das Abstellen von Fahrzeugen der Schulen (insbes. Ritterplan und Arnoldi) wesentlich zuständigen Landkreis darauf hinzuwirken, dass in dem von ihm zu entwickelnden vorbildlichen Mobilitätskonzepten der Schulen

- die Vergabe der vorhandenen Parkplätze auf deren Gelände nach sozialen und klimaschützenden Maßstäben transparent für alle erfolgt, wobei die Privilegierung von Mobilitätseingeschränkten selbstverständlich ist. Wie überall gebietet es die Kostenehrlichkeit auch dort Parkgebühren einzuführen.
- den Schülerinnen und Schülern der Arnoldi die Tatsache bekannt gemacht wird, dass sie übergangsweise noch kostenlos auf dem Schützenplatz parken können.
- vorgesehen ist der schon heute schnelle Transport per Bus mit der Linie 73, wobei ein Teil der entstehenden Kosten über die beim Schulparken erhobenen Gebühren finanziert werden können.
- beide Verwaltungen dafür sorgen, dass sowohl an den Schulen des Landkreises, als auch bei den in der Peripherie vorgehaltenen Abstellanlagen einladende Möglichkeiten für das (diebstahl-) sichere Abstellen von Scootern, Fahrrädern, Pedelecs und eRoller zum Umsteigen vorgehalten werden.
- alle anzustrebenden Regelungen das Prinzip der Gleichbehandlung in den einzelnen Schulmobilitätskonzepten beinhalten.
- politisch Einfluss genommen wird -vergleichbar dem Semesterticket- eine Art Azubi-Ticket zu bekommen.
- gemeinsam mit der Stadt den „Ausbau eines P+R-Angebots mit direkter Anbindung der Berufsbildenden Schulen über Shuttlebusse“ (Wiemann) zu initiieren.